

## Nach dem Irakkrieg: Neue Bewegung im Kaschmirkonflikt?

*Christian Wagner / Boris Wilke*

Der Berlin-Besuch des indischen Premiers Atal Behari Vajpayee am 28. und 29. Mai und die bevorstehende Deutschland-Visite des pakistanischen Präsidenten General Pervez Musharraf Ende Juni fallen in eine Zeit indisch-pakistanischer Annäherung. Mit ihrer neuen Initiative zur Aufnahme von Gesprächen reagieren die Regierungen in Neu-Delhi und Islamabad auf den Druck der Vereinigten Staaten, der sich nach dem für Washington erfolgreichen Verlauf des Irakkrieges spürbar erhöht hat. Der Kaschmirkonflikt zwischen Indien und Pakistan gilt der US-Regierung neben dem Nahen Osten und Nordkorea als wichtigster regionaler Krisenherd. Offenbar streben die USA einen dauerhaften Ausgleich zwischen Indien und Pakistan in der Kaschmirfrage an. Indien und Pakistan stehen dieser Politik eher zurückhaltend gegenüber. Indien hat seit jeher eine offizielle Vermittlung in der Kaschmirfrage abgelehnt. Pakistan hatte zwar bisher die Internationalisierung des Konfliktes angestrebt, fürchtet mittlerweile jedoch ein amerikanisches Engagement, das sich langfristig auch gegen den Nuklearwaffenbesitz des Landes richten könnte.

Die jüngste Annäherung zwischen Indien und Pakistan kann als eine indirekte Auswirkung des Irakkrieges gesehen werden. Die starren Fronten des indisch-pakistanischen Konfliktes um Kaschmir sind in Bewegung geraten. Pakistan ist angesichts der Diskussion über die Rechtfertigung von Präemptivschlägen von der Forderung nach internationaler Einmischung in der Kaschmirfrage abgerückt und sucht statt dessen bilaterale Verhandlungen mit Indien. Indien wiederum mußte erkennen, daß die USA an ihren besonderen Beziehungen zu Pakistan auch im Rahmen der

Anti-Terror-Allianz festhalten werden. Das Kalkül Indiens, eine Internationalisierung der Kaschmirfrage in ebendiesem Rahmen zu betreiben, um Pakistan zu desavouieren, ist ebensowenig aufgegangen wie die Strategie, den Dialog mit Pakistan von der endgültigen Einstellung der Infiltration islamistischer Kämpfer in das indische Jammu und Kaschmir abhängig zu machen.

Damit haben sich die im Vorfeld des Irakkrieges geäußerten Spekulationen über negative Folgen für die südasiatische Region nicht bewahrheitet. Vielfach war befürchtet worden, daß der unter Muslimen unpopu-

läre Militärschlag islamistischen Kräften Aufwind geben und einen politischen Flächenbrand auslösen würde. Dies hätte zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien führen können.

Die überraschende Bewegung im Kaschmirkonflikt darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Auswirkungen des Irakkrieges und der durch ihn ausgelösten Debatten insgesamt widersprüchlich sind. Hierzu zählen die innenpolitische Stärkung der islamistischen Kräfte in Pakistan und die Verunsicherung über die Politik der US-Regierung bei den politischen Eliten beider Länder.

### **Folgen des Irakkrieges für Pakistan**

Daß Pakistan als Islamische Republik und Partner der USA in der Anti-Terror-Koalition seit dem 1. Januar 2003 zu den zehn nicht-ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) gehört, verlieh der Situation eine besondere Brisanz. Präsident Musharraf und Premierminister Jamali gerieten von drei Seiten unter Druck: der pakistanischen Öffentlichkeit, die jedes militärische Vorgehen ablehnte; der amerikanischen Regierung, die Unterstützung für einen Militärschlag einforderte; sowie jener Staaten, die eine friedliche Lösung der Irakfrage anstrebten. Daß eine Abstimmung im VN-Sicherheitsrat vermieden werden konnte, wurde von der pakistanischen Regierung mit sichtbarer Erleichterung aufgenommen. Außenminister Kasuri bedauerte in einer Stellungnahme, daß es zum Krieg kommen mußte, und bezeichnete ihn als »nicht gerechtfertigt«. Die Verantwortung wies er zu gleichen Teilen dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein und den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates zu, die keine Einigung zustande gebracht und obendrein die nicht-ständigen Mitglieder des Rates unter Druck gesetzt hätten.

Damit gelang es der Regierung, die Balance zu finden zwischen den Erwartungen der Öffentlichkeit und der zwingenden

Notwendigkeit, die Partnerschaft mit den USA nicht zu gefährden. Die breite Ablehnung des Krieges in der pakistanischen Öffentlichkeit schlug nicht nur in den Medien nieder, sondern auch in einer Sitzung des pakistanischen Parlamentes, in der sich alle Parteien gegen den Irakkrieg aussprachen. Die Einigkeit im Parlament war um so bemerkenswerter, als Präsident, Regierung und Opposition gegenwärtig in einen Verfassungskonflikt verstrickt sind, der das parlamentarische Leben zum Erliegen gebracht hat.

Doch nicht nur im Parlament, überall im Land kam es zu Protestkundgebungen, in denen die USA und Großbritannien als Aggressoren verurteilt wurden. Die Speerspitze der Bewegung bildete ein Bündnis islamistischer Parteien, das die größte Oppositionsgruppe im Parlament ausmacht. Der einflußreiche Islamistenführer Fazal ur Rehman, dem Ambitionen auf einen Kabinettsposten nachgesagt werden, rief seine Landsleute zum »Heiligen Krieg« gegen die »koloniale Invasion« der USA und Großbritanniens auf. Tatsächlich aber verliefen die Demonstrationen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern weitgehend friedlich. Ausschreitungen, wie sie noch aus der Zeit nach dem Beginn des Anti-Terror-Krieges in Afghanistan in Erinnerung sind, blieben aus. Mit ihrer konsequenten Haltung konnte die islamistische Opposition aber in allen Bevölkerungsteilen einen erheblichen Prestigegewinn verzeichnen. Die Ablehnung des Vorgehens der USA reichte bis in die westlich orientierte, gut ausgebildete Mittelschicht. Einer Gallup-Umfrage zufolge sprachen sich fast 90 Prozent der Pakistaner gegen den Krieg aus. 55 Prozent votierten sogar für einen Kriegseintritt Pakistans an der Seite des Iraks.

Abzuwarten bleibt, ob die islamistische Opposition, deren Stimmenzuwachs bei den Parlamentswahlen im letzten Herbst ihrer anti-amerikanischen Haltung zugeschrieben wird, aus ihrem Prestigegewinn langfristig Kapital schlagen kann. Bisher sind ihre Hochburgen auf den paschtunischen Stammesgürtel an der Grenze zu

Afghanistan und kleinbürgerliche Milieus in einigen Großstädten beschränkt. Solange die Blockade der politischen Institutionen des Landes nicht gelöst ist, werden die Islamisten weiter mit populären außenpolitischen Themen punkten können.

Doch auch in sicherheitspolitischen Kreisen wie in der pakistanischen Intellektuellenschicht insgesamt ist die Verärgerung über den wiederholten Druck aus Washington und die fehlende Rücksichtnahme der USA auf Alliierte in der Anti-Terror-Koalition spürbar. Dabei verstärkte der Irakkrieg nur ein bereits vorhandenes Frustrationspotential, das sich seit der Entscheidung Präsident Musharrafs zur Unterstützung des Anti-Terror-Krieges aufgebaut hatte. In diesem Zusammenhang kommt den im Gefolge des 11. Septembers erlassenen drakonischen Immigrationsgesetzen der USA und ihrer konsequenten Durchsetzung auch gegenüber Staatsbürgern eines befreundeten Landes wie Pakistan eine besondere Bedeutung zu. In der pakistanischen Mittelschicht, die über vielfältige Verbindungen nach Amerika verfügt, wird die Behandlung der eigenen Staatsbürger durch US-Behörden als demütigend empfunden. Besonderes Aufsehen erregte im Januar 2003 die Verhaftung eines bekannten pakistanischen Journalisten, der in der amerikanischen Hauptstadt als Gastwissenschaftler an der Brookings Institution tätig war. Der Journalist wurde am Tage des Amerikabesuches von Außenminister Kasuri wegen angeblichen Verstoßes gegen die Meldepflicht auf offener Straße verhaftet und 24 Stunden lang festgehalten, obwohl sein Aufenthalt im Land auf eine Einladung der US-Regierung zurückgeht. Daß Journalist und Minister gute Bekannte sind, unterstreicht die Pikanterie des Vorfalls.

Die fortschreitende Entfremdung von den USA könnte auch durch die Diskussion um Ziele amerikanischer Präemptivpolitik gefördert werden. Viele Pakistanis fürchten, daß das nuklear bewaffnete und mit terroristischen Gruppen in Verbindung gebrachte Pakistan der nächste Kandidat für einen

Präemptivschlag sein könnte (»Pakistan next?«). Der indische Außenminister Sinha hatte Pakistan als Epizentrum des Terrorismus bezeichnet, auf das die US-Doktrin angewendet werden müsse. Angesichts der verbesserten Beziehungen zwischen Indien und den USA wird die Bedrohung Pakistans von Teilen der Öffentlichkeit durchaus ernst genommen.

Möglicherweise unterstützt die Diskussion um den Irakkrieg aber auch eine Neuorientierung der pakistanischen Außenpolitik. Die Furcht vor dem »Pakistan next?« könnte der Debatte um die außenpolitische Prioritätensetzung (»Pakistan first« statt »Kashmir first«) neu entfachen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die in der Öffentlichkeit vorgebrachten Argumente gegen den Irakkrieg weniger kultureller als politischer Natur waren. Das Interpretationsmuster lautete nicht: »der Islam gegen den Westen«, sondern eher »Nord gegen Süd«. Auch der auf Pakistan als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates ausgeübte Druck wurde nach diesem Muster interpretiert. Teile des außenpolitischen Establishments traten für eine Lockerung der Beziehungen zu den USA ein und für eine Annäherung an jene westlichen Staaten, die sich gegen den Krieg ausgesprochen hatten.

### **Folgen des Irakkrieges für Indien**

Im Vorfeld des Irakkrieges nahm die indische Regierung eine schwankende Haltung ein. In Presseartikeln wurde der Krieg als Beginn einer neuen internationalen Ordnung gesehen, bei der sich Indien an die Seite der USA stellen sollte, um auch von der Nachkriegsordnung im Mittleren Osten zu profitieren. Gegenüber solchen offensiven Vorschlägen war die Haltung der indischen Regierung vergleichsweise zurückhaltend. Im Vorfeld des Krieges erklärte Premierminister Vajpayee, daß die Geduld der Vereinten Nationen angesichts der Verzögerungstaktik des Iraks gegenüber den VN-Inspektoren nicht ewig währen könne. Allerdings lehnte die indische Regierung

eine bewaffnete Intervention der Alliierten im Irak zur Herbeiführung eines Regimewechsels kategorisch ab und forderte eine Lösung der Irakkrise im Rahmen der VN.

Nach dem Beginn der Kampfhandlungen im Irak kam es auch in Indien zu Demonstrationen gegen das militärische Vorgehen der Alliierten. Obwohl Meinungsumfragen eine hohe Ablehnung des Krieges sowie deutliche Kritik an den USA zum Ausdruck brachten und Intellektuelle zu Protesten gegen den Krieg aufriefen, blieben die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen im Vergleich zu Pakistan gering. In der Haltung zum Irakkrieg spiegelte sich zugleich die Haßliebe der indischen Bevölkerung zu den USA wider. Trotz der in den neunziger Jahren deutlich verbesserten Beziehungen zu den USA und der großen Attraktivität der USA für indische Migranten gibt es weiterhin eine breite kritische Einstellung gegenüber den USA in der indischen Öffentlichkeit. Diese geht zum einen noch auf das schwierige bilaterale Verhältnis beider Staaten während des Ost-West-Konflikts zurück. Zum anderen wird die Rolle der USA in der Diskussion über die Folgen der Globalisierung unter anderem auf die Liberalisierungspolitik in Indien von Intellektuellen aus dem rechten und linken Parteienspektrum sehr kritisch wahrgenommen. Die Ressentiments gegenüber den USA zeigten sich auch in der Debatte im Parlament, in der nahezu alle Parteien den Krieg ablehnten. Allerdings konnte sich die Bharatiya Janata Party (BJP) als Regierungspartei nicht zu einer offiziellen Verurteilung des Krieges entschließen, um die guten Beziehungen zu den USA nicht zu gefährden.

Nach dem Anschlag islamistischer Gruppen in Nadirmarg in Jammu und Kaschmir am 24. März 2003, bei dem 25 Menschen getötet wurden, drohten sich die Beziehungen mit Pakistan erneut zu verschlechtern. Indiens Außenminister Sinha griff die Argumentation der USA für einen Präemptivschlag im Hinblick auf ein mögliches Vorgehen Indiens gegenüber Pakistan auf: Indien beanspruche die glei-

chen Rechte in bezug auf seine nationale Sicherheit wie die USA und setze Pakistan mit dem Irak gleich, da auch die pakistanische Regierung terroristische Gruppen in Afghanistan und in Kaschmir unterstütze und durch den Besitz von Nuklearwaffen über Massenvernichtungswaffen verfüge.

Abgesehen von den völkerrechtlichen Problemen verbot sich ein solches Vorgehen Indiens gegenüber Pakistan allein aufgrund des pakistanischen Nuklearpotentials und der damit drohenden nuklearen Eskalation einer solchen Auseinandersetzung. Die Bemerkungen von Außenminister Sinha dürften deshalb auch eher an die internationale Öffentlichkeit und die USA gerichtet gewesen sein. Indien hatte stets beklagt, daß die USA gegenüber Pakistan bei der Bekämpfung des Terrorismus mit zweierlei Maß messen, und kritisierte die Haltung Washingtons, das sich im Irak das Recht auf militärische Intervention erlaube, Indien aber gleichzeitig zu Verhandlungen mit Pakistan auffordere. Die USA zogen sich auf ihre bekannten Positionen zurück. Hochrangige Regierungsvertreter unterstützten die Kritik Indiens, daß Pakistan die Fortdauer des Eindringens von bewaffneten Extremisten über die Kontrolllinie zulasse, obwohl Präsident Musharraf bereits 2002 den USA den Stopp der Infiltration zugesagt habe. Gleichzeitig wandte sich jedoch US-Außenminister Powell mit deutlichen Worten auch gegen die von Indien vorgenommene Gleichsetzung der Situation im Irak und in Pakistan.

Die von Außenminister Sinha entfachte Debatte hatte auch eine innenpolitische Komponente: Angesichts der 2004 anstehenden Parlamentswahlen schien die BJP wie bereits 1999 während der militärischen Auseinandersetzungen in der Region Kargil (Jammu und Kaschmir) gewillt zu sein, eine Politik der Stärke gegenüber Pakistan zu verfolgen, um daraus innenpolitisches Kapital zu schlagen.

Der Irakkrieg zeigte auch einige Bruchlinien in den indisch-amerikanischen Beziehungen auf. Die neunziger Jahre hatten eine beträchtliche Annäherung zwischen

Indien und den USA im Mittleren Osten gebracht, die etwa in der wachsenden Zusammenarbeit zwischen Indien und Israel zum Ausdruck kam. Allerdings bestehen deutliche Differenzen mit den USA im Hinblick auf die Beziehungen zu Iran und zum Irak. Zu beiden Staaten unterhält Indien, im Unterschied zu den USA, langjährige, gute politische und wirtschaftliche Beziehungen. Indien ist nicht nur von den Öllieferungen aus der Region abhängig, sondern diese ist zugleich der größte ausländische Arbeitsmarkt für zwei bis drei Millionen indische Gastarbeiter.

Die Differenzen zwischen Indien und den USA in der Irakfrage haben allerdings keine grundlegende Verstimmung im bilateralen Verhältnis mit sich gebracht. Beide Seiten haben in den neunziger Jahren beträchtlich in den Ausbau der Beziehungen investiert und neben den politischen Kontakten auch ihre wirtschaftlichen und militärischen Kontakte gefördert. Die USA sehen in Indien einen wichtigen Stabilitätsanker in Asien, Indien sieht in den guten Beziehungen zur »Hypermacht« USA eine Möglichkeit, sein internationales Gewicht zu erhöhen.

### **Bewegung im Kaschmirkonflikt**

Mit seiner Rede am 18. April in Srinagar vollzog der indische Premierminister Vajpayee unerwartet einen politischen Kurswechsel. Er bot Pakistan neue Gespräche an und sprach sich für eine Normalisierung der Beziehungen zum Nachbarland aus. Diese Offerte kam überraschend, weil die indische Regierung in den Monaten zuvor die Wiederaufnahme des Dialogs mit Pakistan an die endgültige Beendigung der Infiltration islamistischer Kämpfer geknüpft hatte. Wie zu erwarten, wurde dieses Angebot von der pakistanischen Regierung begrüßt, die sich immer wieder für die Wiederaufnahme bilateraler Gespräche ausgesprochen hatte. Mit der Schließung von Lagern militanter Gruppen im pakistanischen Teil Kaschmirs und durch Verhaftung islamistischer Kämpfer

signalisierte Islamabad zugleich, daß es Indien in der Frage der Infiltration entgegenkommen werde. Indien rückte nun ausdrücklich seiner Vorbedingung ab, daß vor neuen Gesprächen mit Pakistan erst die Infiltration über die Kontrolllinie beendet werden müsse. Pakistan wiederum erklärte sich bereit, mit Indien auch über den Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu sprechen. Dies bedeutete eine Abkehr von der bis dahin verfolgten Politik, der zufolge erst der Kaschmirkonflikt beigelegt werden müsse, bevor über Verbesserungen in anderen Politikfeldern verhandelt werden könne. Der Beschluß, die Flugverbindungen zwischen beiden Hauptstädten wiederaufzunehmen, die Ernennung neuer diplomatischer Vertreter in Indien und Pakistan sowie die Freilassung indischer Fischer aus pakistanischen Gefängnissen läuteten eine neue Runde des Dialogs ein. Die Debatte zwischen Indien und Pakistan im Sicherheitsrat im Mai 2003 war ebenfalls von moderaten Tönen geprägt. Beide Staaten vermieden es im Unterschied zu vorangegangenen Debatten in diesem Gremium, die altbekannte Kritik an der Politik des anderen Staates zu wiederholen.

Selbst wenn beide Seiten sich darum bemühten, den Eindruck zu erwecken, daß externer Druck nicht zu dieser plötzlichen Annäherung geführt habe, so ist wohl das Gegenteil richtig. Die USA hatten bereits vor dem Irakkrieg deutlich gemacht, daß Südasien und der Kaschmirkonflikt eine der zentralen Krisenregionen darstellt. Die von Pakistan seit langem verfolgte und von Indien seit dem Kargilkrieg 1999 und noch stärker seit dem Krieg gegen den Terrorismus betriebene Internationalisierung des Kaschmirkonflikts schlug nun aber auf die Regierungen beider Länder zurück.

Die von den USA angekündigten diplomatischen Initiativen zur Entspannung der indisch-pakistanischen Beziehungen wären vor einigen Jahren von Pakistan noch als erfolgreiche und erwünschte Internationalisierung der Kaschmirfrage betrachtet worden. Nun aber erschienen sie im Zeit-

alter des ungeduldigen amerikanischen Unilateralismus in anderem Licht und ließen die Frage aufkommen, ob das Land nicht das nächste Ziel der USA nach der Intervention im Irak sein könnte. Pakistan kann spätestens seit dem Kargilkrieg 1999 nicht mehr damit rechnen, in der Kaschmirfrage von Washington unterstützt zu werden. Damals hatte US-Präsident Clinton das von pakistanischen Truppen geförderte Eindringen mehrerer hundert bewaffneter Kämpfer nach Jammu und Kaschmir verurteilt und den Rückzug der Verbände vom pakistanischen Premierminister Sharif erzwungen.

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Diskussion über die Kontrolle von Massenvernichtungswaffen wuchs in Pakistan die Skepsis gegenüber den Absichten der USA. Angesichts der Ankündigungen der USA erklärten selbst Führer des islamistischen Parteienbündnisses MMA, daß sie bilaterale Verhandlungen mit Indien bevorzugten.

Indien hatte eine Einmischung Dritter in den Kaschmirkonflikt stets mit dem Hinweis auf den Vertrag von Simla 1972 und dem darin festgeschriebenen Prinzip bilateraler Verhandlungen mit Pakistan abgelehnt. Im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus ging Indien dazu über, die Kaschmirfrage zu internationalisieren. Die indische Regierung mußte nach dem Anschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001 aber die Erfahrung machen, daß der Einfluß der US-Regierung auf Pakistan nicht groß genug war, um eine endgültige Beendigung der Infiltration bewaffneter Kämpfer über die Kontrolllinie zu erreichen. Angesichts der diplomatischen Ankündigungen der USA machte Premierminister Vajpayee mit dem Hinweis, die Einmischung Dritter in Kaschmir habe die Angelegenheit seit jeher nur verschlimmert, deutlich, daß Indien auch weiterhin nicht an einer offiziellen Einmischung oder einer Vermittlung Dritter in den Konflikt interessiert ist.

Obwohl Indien und Pakistan auf bilaterale Verhandlungen zusteuern, haben die

USA durch ihre diplomatischen Aktivitäten in den vergangenen Monaten erst die Basis für diese Gespräche geschaffen. Unklar ist allerdings, inwieweit die US-Regierung über eine eigene »roadmap« für die Beilegung des Kaschmirkonflikts verfügt, auch wenn in Presseberichten bereits das Jahr 2004 als Schlußpunkt für den Konflikt genannt wurde. Offensichtlich ist allerdings, daß die USA auf eine bilaterale Lösung dringen und den Konflikt nicht wieder vor die VN bringen wollen. Sie favorisieren die Umwandlung der Kontrolllinie zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil Kaschmirs zu einer internationalen Grenze. Dies war bereits bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag von Simla 1972 zwischen Indien und Pakistan erörtert, aber nie umgesetzt worden, da es der pakistanischen Position widerspricht. 1999 hatten die USA Indien während des Kargilkrieges gedrängt, bei seinen Militäraktionen die Kontrolllinie nicht zu überschreiten. Gleichzeitig machte US-Präsident Clinton dem pakistanischen Premierminister Sharif bei Gesprächen in Washington deutlich, daß sich die pakistanischen Verbände auf der falschen Seite der Kontrolllinie befänden. Die Länderkarten im »CIA Factbook« von 2002 markieren die Staatsgebiete Indiens und Pakistans ebenfalls entlang der Kontrolllinie. Die Anfang Mai 2003 bekannt gewordene Überarbeitung der CIA-Karte von Kaschmir und die darin abgebildete Aufteilung des Gebiets in »Indian State of Jammu and Kashmir« sowie »Pakistani-controlled areas of Kashmir« verdeutlicht ebenfalls, daß die USA die indische Auffassung über den Konflikt unterstützen. Erörtert wird auch eine gemeinsame Überwachung der Kontrolllinie durch Indien und Pakistan, nach dem Willen Pakistans auch durch neutrale Dritte, um die Infiltration zu beenden, sowie die Einbeziehung kaschmirischer Gruppen in Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan.

Mit den Landtagswahlen im indischen Teil Kaschmirs vom September 2002 versuchte die Regierung in Neu-Delhi, das politische Leben dort wieder zu normali-

sieren. Der Wahlsieg der gemäßigten Partei PDF unter dem neuen Ministerpräsidenten Mufti Mohammed Sayeed wurde mit einer überraschend hohen Wahlbeteiligung von etwa 45 Prozent erreicht. Der Boykottaufruf der Hurriyat-Konferenz, dem Sammelbecken pakistanfreundlicher kaschmirischer Gruppen, war nicht erfolgreich. Ministerpräsident Sayeed hat seit seinem Amtsantritt versucht, das politische Klima in Jammu und Kaschmir zu verbessern. Seine »Politik der heilenden Hand« soll über eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen indischer Sicherheitskräfte das Vertrauen der Kaschmiris wiedergewinnen. Fraglich ist allerdings, inwieweit diese Politik von Neu-Delhi auch in kritischen Situationen unterstützt wird.

Gemäßigte politische Führer im pakistanischen Teil Kaschmirs haben sich ebenfalls positiv zur indisch-pakistanischen Annäherung geäußert und sogar die Teilung Kaschmirs entlang der Siedlungsgebiete der Religionsgemeinschaften (Muslime, Hindus, Buddhisten) ins Gespräch gebracht. Dies widerspricht der bisherigen offiziellen pakistanischen Position, welche die Einheit Kaschmirs und ein Plebiszit zur Voraussetzung einer Konfliktlösung macht.

## Die Perspektiven

Statt einer erneuten Verschlechterung der indisch-pakistanischen Beziehungen nach den Anschlägen vom März 2003 ist ein Neuanfang für Verhandlungen gefunden worden. Sowohl Indien als auch Pakistan haben, nicht zuletzt auf Drängen der USA, Abstriche an ihren bisherigen Positionen gemacht. Indien hat eine Einbeziehung kaschmirischer Gruppen in mögliche Verhandlungen akzeptiert. Pakistan wiederum hat seine Forderung nach einer Beilegung des Konflikts gemäß der VN-Resolutionen sowie die übergeordnete Bedeutung Kaschmirs gegenüber anderen Politikfeldern aufgegeben. Eine Institutionalisierung Kaschmirs im Rahmen eines indisch-pakistanischen Dialogs würde die Tür zur Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in

anderen Bereichen öffnen: Die Gewährung des »Most Favoured Nation« (MFN)-Status an Indien, den die pakistanische Regierung noch im Dezember 2002 ablehnte, scheint in greifbare Nähe zu rücken.

Die Chancen für eine Annäherung zwischen Indien und Pakistan sind zur Zeit gut. Die veränderten internationalen Konstellationen und die neuen Einflußmöglichkeiten der USA auf Indien und Pakistan könnten der jüngsten Initiative bessere Erfolge bescheren als vorangegangene Versuche. Die USA haben Indien durch den Ausbau der bilateralen Beziehungen zu verstehen gegeben, daß sie an einer langfristigen Zusammenarbeit interessiert sind, die das internationale Gewicht Indiens erhöhen wird. Mit Bezug auf Pakistan ist es Washington gelungen, mit Präsident Musharraf das Militär in den Prozeß einzubinden. Allein Musharraf kann als Armeechef die notwendige Akzeptanz einer Regelung der Kaschmirfrage in den Streitkräften erreichen. Eine Annäherung an Indien könnte dem Präsidenten das politische Überleben im Machtkampf mit den verschiedenen politischen Fraktionen im Parlament sichern.

Allerdings könnten neue Anschläge im Vorfeld der indischen Parlamentswahlen im nächsten Jahr die Normalisierung der indischen Beziehungen zu Pakistan rasch wieder in Frage stellen. Eine Abkühlung des indisch-pakistanischen Verhältnisses würde den erstarkten islamistischen Parteien in Pakistan Auftrieb geben, die ihre politische Zukunft mit der *causa* Kaschmir verknüpft sehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364